

Teilnahmebedingungen **und** **Verfahrensbeschreibung**

EU - Vergabeverfahren
Rahmenvereinbarung über die Wartung, Pflege und
Weiterentwicklung der DAkkS-Webseite

Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS)

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine Bestimmungen und Erläuterungen.....	3
1.1 Rechtliche Grundlagen	3
1.2 Öffentlicher Auftraggeber und Vergabestelle	3
1.3 Gegenstand der Vergabe, Leistungsort, Leistungszeitraum.....	3
1.4 Hinweise zur Durchführung des Verfahrens (Vergabeplattform).....	3
1.5 Fragen zum Vergabeverfahren	3
1.6 Datenschutzhinweis.....	4
1.7 Verschwiegenheitsverpflichtung.....	4
1.8 Sprache.....	4
1.9 Entschädigung für die Bearbeitung des Angebotes.....	4
1.10 Bietergemeinschaften	4
1.11 Weitergabe von Leistungen an Subunternehmer	4
1.12 Personenbezogene Bezeichnungen	5
1.13 Losaufteilung, Nebenangebote und Hauptangebote	5
1.14 Externe Unterstützung der Vergabestelle	5
2 Ablauf Ausschreibung / Vergabeverfahren	6
2.1 Offenes Verfahren	6
2.2 Termine und Fristen.....	6
2.3 Eignungsprüfung	6
3 Anforderungen an das Angebot	8
3.1 Kalkulation des Angebotes	8
3.2 Vertragsgrundlage	8
3.4 Zuschlagskriterien, Wertung der Angebote.....	9
3.5 Pflichten des Bieters	10
3.6 Änderungen, Berichtigungen oder Rücknahme von Angeboten	10
4. Eröffnungstermin, Zuschlagserteilung, Vertrag.....	11
5. Unterrichtung der Bieter	11
6. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	11
7. Nachprüfungsbehörde.....	12
8. Rechtsbelehrung	12

1. Allgemeine Bestimmungen und Erläuterungen

1.1 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen dieser Ausschreibung sind:

- Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)
- Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV)
- Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)
- Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG)

1.2 Öffentlicher Auftraggeber und Vergabestelle

Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkKS) - nachfolgend Auftraggeberin oder Vergabestelle genannt

Einkauf

Spittelmarkt 10

10117 Berlin

Kontaktstelle: Einkauf

E-Mail: beschaffung@dakks.de

1.3 Gegenstand der Vergabe, Leistungsort, Leistungszeitraum

Der Gegenstand der Vergabe ist die Beschaffung von Leistungen „**Rahmenvereinbarung über die Wartung, Pflege und Weiterentwicklung der DAkKS-Webseite**“.

Die Laufzeit des Rahmenvertrages beginnt voraussichtlich am 01.04.2027 und beträgt 1 Jahr mit der Option der dreimaligen Verlängerung um jeweils ein Jahr.

Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Ende eines Vertragsjahres.

1.4 Hinweise zur Durchführung des Verfahrens (Vergabeplattform)

Das Verfahren wird mit elektronischen Mitteln über eine E-Vergabeplattform durchgeführt. Die Kommunikation, die Bereitstellung der Vergabeunterlagen und die Abgabe des Angebots erfolgen ausschließlich über die E-Vergabeplattform:

<https://www.dtv.de/>

Die Angaben des Bieters im Angebot müssen auf Verlangen der Auftraggeberin kostenfrei verifiziert werden.

Weitere Auskünfte werden nur über die oben genannte E-Vergabeplattform erteilt und die Angebote sind nur an die oben genannte E-Vergabeplattform einzureichen.

1.5 Fragen zum Vergabeverfahren

Soweit in Einzelfällen Aufklärungsbedarf zu den Vergabeunterlagen besteht, muss die Vergabestelle unverzüglich und vor der Abgabe des Angebots schriftlich elektronisch kontaktiert werden. Fragen zum Inhalt der Ausschreibung sowie zum Verfahren sind über die E-Vergabeplattform an die Vergabestelle zu richten, siehe Abschnitt 1.4 und 2.2.

Die Auftraggeberin ist dazu verpflichtet, rechtzeitig eingehende Fragen der Bieter spätestens sechs Tage vor Ablauf der Angebotsfrist zu beantworten. Die Vergabestelle behält sich vor, nicht rechtzeitig eingehende Fragen nicht zu beantworten.

Die Antworten werden an alle Verfahrensteilnehmer über die E-Vergabepattform versandt.

Bitte beachten Sie, dass zur Verständlichkeit der Antworten die zugrundeliegenden Fragestellungen in anonymisierter Form in der Regel ebenfalls an alle Verfahrensteilnehmer versandt werden. Die Fragen sollten daher so formuliert sein, dass ein Versand an die anderen Teilnehmer ohne vorherige Überarbeitung möglich ist. Mit der Übersendung einer Frage genehmigen Sie eine entsprechende Bekanntgabe.

1.6 Datenschutzhinweis

Die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH verarbeitet personenbezogene Daten der Bewerber und Bieter zur Durchführung des Vergabeverfahrens. Im Falle des Zuschlages werden die Daten des obsiegenden Bieters zudem zur Durchführung des Vertrages verarbeitet. Die weiteren Informationen gemäß Informationspflicht aus Art. 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind der **Anlage 10** zu entnehmen.

1.7 Verschwiegenheitsverpflichtung

Der Bieter hat - auch nach Beendigung der Ausschreibung - über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH Stillschweigen zu bewahren.

Der Schutz personenbezogener Daten ist zu beachten. Insbesondere dürfen personenbezogene Daten nicht ohne Einwilligung der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH zu anderen Zwecken als denen der Angebotserstellung und ggf. Vertragsdurchführung verwendet werden. Der Bieter hat hierzu auch die an der Erstellung des Angebots beteiligten Personen zu verpflichten – **bitte siehe die Anlage 13**.

1.8 Sprache

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen und die Korrespondenz mit der Vergabestelle ist in deutscher Sprache zu führen. Zulässig sind technische Fachbegriffe in englischer Sprache.

1.9 Entschädigung für die Bearbeitung des Angebotes

Für die Bearbeitung der Vergabeunterlagen und die Erstellung des Angebotes wird keine Entschädigung gewährt.

1.10 Bietergemeinschaften

Arbeitsgemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haften gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der angebotenen Leistungen und haben in den Angeboten sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft zu benennen sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen - hierfür ist die Eigenerklärung zur Bietergemeinschaft zu nutzen – **bitte siehe die Anlage 05**. Ferner haben alle Mitglieder der Bietergemeinschaft die aufgeführten und geforderten Nachweise zu erbringen.

1.11 Weitergabe von Leistungen an Subunternehmer

Der Bieter hat Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die er an Subunternehmer übertragen will und diese zu benennen – **bitte siehe die Anlage 04**. Bei der Einholung von Angeboten von Subunternehmern ist der Bieter verpflichtet kleine und mittlere Unternehmen angemessen zu beteiligen, Unteraufträge an kleine und mittlere Unternehmen in dem Umfang zu erteilen, wie es mit

der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung zu vereinbaren ist, bei der Übertragung von Teilleistungen nach Wettbewerbsgesichtspunkten zu verfahren und dem Subunternehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen – insbesondere hinsichtlich der Zahlungswiese und der Sicherheitsleistungen zu stellen, als sie durch den Auftrag mit dem Bieter vereinbart werden. Der Bieter wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Weitergabe an andere als die im Angebot benannten Subunternehmer der Zustimmung der Auftraggeberin bedarf.

1.12 Personenbezogene Bezeichnungen

Bei den in diesen Vergabeunterlagen verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für beide Geschlechter.

Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit „Bieter“ sowohl einzelne Unternehmen als auch Bietergemeinschaften gemeint; mit Auftragnehmer (AN) sind Bieter oder Bietergemeinschaften gemeint, die den Zuschlag erhalten haben.

1.13 Losaufteilung, Nebenangebote und Hauptangebote

Es erfolgt keine Losaufteilung.

Nebenangebote sind nicht zugelassen. Es ist zudem nicht zulässig, mehrere Hauptangebote abzugeben. Sollten dennoch mehrere Hauptangebote eingereicht werden, wird nur das aktuellste, d. h. zeitlich zuletzt eingegangene Angebot, in die Wertung aufgenommen.

1.14 Externe Unterstützung der Vergabestelle

Die Auftraggeberin setzt bei der Bearbeitung dieser Ausschreibung externe Berater zur Unterstützung ein. Diese Berater sind an der Erstellung der Vergabeunterlagen beteiligt. Darüber hinaus wird die Auswertung der Angebote ebenfalls mit Unterstützung der externen Berater erfolgen.

Folgende Firmen sind, im zuvor beschriebenen Umfang, an der Ausschreibung beteiligt:

- VISION Consulting GmbH

Alle Entscheidungen innerhalb des Verfahrens liegen ausschließlich bei der Auftraggeberin. Die zuvor genannten Unternehmen werden sich zur Vermeidung von Interessenkonflikten und Wettbewerbsverzerrungen nicht als Teilnehmer am Verfahren beteiligen und sind zur Wahrung der Vertraulichkeit verpflichtet. Eine Kontaktaufnahme zu diesen Unternehmen durch Bieter mit dem Zweck der Informationsbeschaffung oder Einflussnahme kann zum Ausschluss vom Verfahren führen (vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 4 und Nr. 9 GWB).

Ablauf Ausschreibung / Vergabeverfahren

2.1 Offenes Verfahren

Die Ausschreibung „Rahmenvereinbarung über die Wartung, Pflege und Weiterentwicklung der DAkKS-Webseite“ wird in einem offenen Verfahren gemäß § 14 Abs. 2 S. 1 und 15 VgV vergeben.

2.2 Termine und Fristen

	Meilenstein	Termin
0	Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes/Bekanntmachung	12.06.2026
1	Frist zur Einreichung von Bieterfragen	03.07.2026
2	Späteste Beantwortung von Bieterfragen	06.07.2026
3	Angebotsfrist	12:00 Uhr - 13.07.2026
4	Zuschlagserteilung	August/September 2026
5	Bindefrist	3 Monate

Bei den hier angegebenen Terminen handelt es sich um die derzeitige Planung zum Verfahren. Die Auftraggeberin behält sich vor, Termine im laufenden Verfahren anzupassen.

2.3 Eignungsprüfung

Der zu vergebende Vertrag wird seitens der Auftraggeberin nur mit fachkundigen und leistungsfähigen, Unternehmen geschlossen, für die keine Ausschlussgründe nach den §§ 123 und 124 GWB vorliegen.

Geforderte Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierungsverfahren erworben wurden, oder die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) sind zugelassen.

Die einzureichenden Unterlagen sind rechtsverbindlich über die E-Vergabepattform zu übermitteln.

Mit der Angebotsabgabe sind, bis spätestens zum Ende der Angebotsfrist, folgende Unterlagen vorzulegen:

Einzureichende Unterlagen und Erklärungen zur Eignung

- **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister - bitte verwenden Sie die Anlage 11** mit den Erklärungen sowie Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister oder alternativer Nachweis
 - **Nichtvorliegen von Ausschlussgründen - bitte verwenden Sie die Anlage 11** mit der Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen:
 - Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §123 und §124 GWB
- a) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**
- **Darstellung des Gesamt-Jahresumsatzes der letzten drei abgeschlossen Geschäftsjahre - bitte verwenden Sie die Anlage 06**
 - **Darstellung des Netto-Jahresumsatzes im Bereich Wartung, Pflege und Entwicklung von Webseiten der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre - bitte verwenden Sie die Anlage 06**
Mindestanforderungen: Durchschnittlicher Netto-Jahresumsatz für Leistungen im Bereich Wartung, Pflege und Entwicklung von Webseiten der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre von mindestens 500.000,- EUR.

- **Versicherung der Haftungshöchstsumme - bitte verwenden Sie die Anlage 11** mit der Erklärung über die Versicherung der Haftungshöchstsumme:

Mindestanforderungen:

- eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Versicherungssumme von mindestens 3 Mio. EUR pauschal für Personen- und Sachschäden pro Schadensfall, mind. 2-fach maximiert pro Versicherungsjahr, sowie
- eine Vermögensschadenshaftpflichtversicherung mit einer Versicherungssumme von mindestens 2 Mio. EUR für Vermögensschäden pro Schadensfall, mind. 2-fach maximiert pro Versicherungsjahr, (diese kann auch Teil der Betriebshaftpflichtversicherung sein, sofern sich die Vermögensschäden nicht auf Personen- oder Sachschäden in Folge beziehen)

abgedeckt sind, die im Rahmen und Umfang marktüblichen deutschen Industriehaftpflichtversicherungen oder vergleichbaren Versicherungen aus einem Mitgliedsstaat der EU entsprechen.

Ein Nachweis kann der ausschreibenden Stelle auf Verlangen vorgelegt werden bzw. wenn solch eine Versicherung noch nicht besteht, wird die Bestätigung eines Versicherers vorgelegt, dass im Falle eines Vertragsabschlusses eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird.

Der Versicherungsschutz wird für die gesamte Vertragslaufzeit aufrechterhalten.

b) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- **Referenzprojekte - bitte verwenden Sie die Anlage 07**

Mindestanforderungen:

- Mindestens drei in Art und Umfang mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare Referenzprojekte

Zu den genannten Referenzen sind jeweils Name der Referenz, Referenznehmer, Referenzgeber, Branche, Ansprechpartner des Referenzgebers, Projektlaufzeit, Auftragswert, Rolle des Unternehmens, Beschreibung der erbrachten Leistungen, Anzahl Projektmitarbeiter (max. 3 DIN A4-Seite)

- Ein mit dem Auftragsgegenstand vergleichbares Referenzprojekt liegt vor, wenn
 - Wartung und Pflege einer Webseite enthalten war
 - Service Leistungen (Störungsbeseitigung und Service Requests) für eine bestehende Webseite erbracht wurden
 - in mindestens einem Projekt das CMS Contao eingesetzt wurde
 - in mindestens einem Projekt eine Schnittstelle zu einer Oracle- oder MySQL-Datenbank implementiert war
 - in mindestens einem Projekt die Webtechnologie HTML5 oder CSS oder JavaScript oder PHP sowie marktübliche Erweiterungstechnologien im Frontend (z.B. Less, SASS oder ähnliche) verwendet wurde
 - in mindestens einem Projekt ein Relaunch einer bestehenden Webseite entwickelt und durchgeführt wurde
 - in mindestens einem Projekt der AG ein öffentlicher Auftraggeber gemäß § 99 GWB war
 - in mindestens einem Projekt der Auftragswert mindestens 350.000,- EUR netto, in allen anderen Projekten mindestens 100.000,- EUR netto betrug und das Ende der Projektlaufzeit nicht mehr als 4 Jahre zurückliegt bzw. das noch laufende Projekt seit mindestens 12 Monaten läuft. Als Stichtag gilt das Veröffentlichungsdatum dieser Ausschreibung.

- **Anzahl festangestellter Mitarbeiter - bitte verwenden Sie die Anlage 06**
- **Anzahl festangestellter Fachkräfte bzw. qualifizierter Mitarbeiter im Bereich Wartung, Pflege und Entwicklung von Webseiten - bitte verwenden Sie die Anlage 06**

Mindestanforderungen: Durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens im Bereich Pflege, Wartung und Weiterentwicklung von Webseiten in den letzten drei Jahren von mindestens 8.

3 Anforderungen an das Angebot

Die Angebote sind elektronisch über die E-Vergabepattform <https://www.dtv.de/> unter Verwendung der hier zur Verfügung gestellten Tools zur Angebotserstellung zu übermitteln.

Bei der elektronischen Einreichung des Angebotes erklären Bieter mit Hochladen auf die E-Vergabepattform das Angebot in sämtlichen Teilen für rechtsverbindlich, auch soweit eine Unterschrift der einzelnen Unterlagen nicht erfolgt – **siehe bitte die Anlage 11.**

Für das Angebot sind die von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Vordrucke zu verwenden. Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Soweit Ergänzungen zur besseren Beurteilung des Angebotes erforderlich erscheinen, können Sie dem Angebot auf gesonderter Anlage beigelegt werden.

Durch die Abgabe eines Angebotes und der geforderten Unterlagen unterliegt der Bieter den Bestimmungen gemäß §§ 56 f. VgV. Fehlen Erklärungen oder Nachweise, entscheidet die Vergabestelle nach pflichtgemäßem Ermessen gemäß § 56 VgV über eine Nachforderung.

Entspricht ein Angebot den festgelegten Anforderungen nicht, so wird es vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Die Auftraggeberin verweist hier ausdrücklich auf die Ausschlussgründe des § 57 Abs. 1 VgV.

Die Auftraggeberin prüft die Auskömmlichkeit der Angebote gemäß § 60 Abs. 1 und 2 VgV. Die Auftraggeberin kann auf eine gesonderte Prüfung bei fehlender Erfolgsaussicht des Angebotes verzichten. Bei weiterem Aufklärungsbedarf fordert sie den Bieter unter Setzung einer angemessenen Frist von mindestens drei Werktagen auf, die Auskömmlichkeit des Preises detailliert zu erklären. Wenn der Bieter die Zweifel an der Auskömmlichkeit nicht oder nicht fristgerecht ausräumt, darf sein Angebot ausgeschlossen werden.

3.1 Kalkulation des Angebotes

Die Kalkulation der Angebotspreise erfolgt in der **Anlage 12**. Von den Bietern sind die zur Verfügung gestellten Preisblätter elektronisch zu füllen (wegen möglicher Schreib- und Rechenfehler bitte keine handschriftlichen Eintragungen) und mit dem Angebot vorzulegen. Das Fehlen der Preisunterlagen führt zur Nichtberücksichtigung des Angebotes.

3.2 Vertragsgrundlage

Für die spätere Auftragsrealisierung wird ein Vertrag gemäß dem beigelegten Vertragsentwurf – EVB-IT Dienstleistung geschlossen, **siehe Anlage 09.**

Es gelten die Ergänzenden Vertragsbedingungen für IT-Dienstleistungen (EVB-IT Dienstleistungs-AGB) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung sowie nachrangig die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

Die EVB-IT Dienstleistungs-AGB stehen unter www.cio.bund.de und www.bundeswirtschaftsministerium.de die VOL/B unter zur Einsichtnahme.

Achtung: Die AGB des Auftragnehmers sind ausgeschlossen.

3.4 Zuschlagskriterien, Wertung der Angebote

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt unter Anwendung der einfachen Richtwertmethode gemäß der Unterlage für Ausschreibung und Bewertung von IT-Leistungen UfAB 2018, siehe www.cio.bund.de.

Bei Anwendung dieser Methode wird das Verhältnis von Preis und Leistung als Quotient zu einer Kennzahl Z errechnet:

$$Z = L / P$$

Dabei werden folgende Parameter definiert:

Z = Kennzahl für Preis-Leistungsverhältnis

L = Leistungspunktzahl

P = Gesamtpreiskennzahl in Euro

Bezogen auf die Leistungsbewertung werden die vergebenen Leistungspunkte je Kriterium mit den festgelegten Gewichtungspunkten multipliziert. Die daraus resultierenden Ergebnisse werden addiert und ergeben je Angebot eine entsprechende Leistungspunktzahl [L]. Maximal können 10.000 Leistungspunkte im Angebot erreicht werden.

Es wird eine zu erreichende Mindestleistungspunktzahl von 5.000 Leistungspunkten der maximal zu erreichenden 10.000 Leistungspunkte festgelegt. Bei Unterschreitung der Mindestleistungspunktzahl wird das betreffende Angebot von der weiteren Bewertung ausgeschlossen.

Die im Angebot ermittelte Leistungspunktzahl wird anschließend durch die Gesamtpreiskennzahl [P] dividiert.

Das Angebot mit der höchsten Kennzahl Z (skaliert x 1.000.000) erhält den Zuschlag. Sofern Angebote hinsichtlich der Kennzahl Z absolut identisch sind, entscheidet zusätzlich die niedrigere Gesamtpreiskennzahl [P].

Hinweise zur Leistungsmatrix und Kriterien

Soweit in den leistungsbeschreibenden Dokumenten Vorgaben im Fließtext gemacht werden, sind dies zwingende Vorgaben. Der Auftragnehmer hat die Vorgaben bei seiner Leistungserbringung zwingend einzuhalten. Abweichungen sind nicht zugelassen.

Die verschiedenen Kriterien-Arten werden nachfolgend dargestellt:

- [A] - Ausschlusskriterium
- [B] - Bewertungskriterium
- [I] - Informationskriterium (dient der reinen Information, fließt nicht in die Bewertung ein)

Ausschlusskriterien [A]

sind zwingende Vorgaben, die der Bieter im Rahmen seiner Leistungserbringung einzuhalten hat. Soweit sich in den leistungsbeschreibenden Dokumenten Vorgaben im Prosatext finden, sind dies

zwingende Vorgaben und damit Ausschlusskriterien. Dies gilt auch, ohne dass diese dort mit [A] gekennzeichnet sind. Im Dokument „Kriterienkatalog“ muss der Bieter Angaben zu den dort genannten Ausschlusskriterien machen und mitteilen, ob er die Anforderung einhält oder nicht. Eine Nichterfüllung führt zum Ausschluss des Angebotes.

Bewertungskriterien [B]

eröffnen den Bieter gewisse Spielräume bei der Erfüllung der Vorgaben. Die Bieter haben im Dokument „Kriterienkatalog“ oder – soweit der Platz dort nicht ausreicht – auf separater Anlage die geforderten Angaben zu den Kriterien zu machen, um die Leistungsverpflichtung zu konkretisieren. In ihrem eigenen Interesse sollten sich die Bieter genau an die insofern in der Leistungsbeschreibung und dem Kriterienkatalog aufgestellten formalen und inhaltlichen Vorgaben halten. Fehler können zum Ausschluss des Angebotes führen.

In Bezug auf die Angaben zu Bewertungskriterien gilt weiterhin folgendes:

Durch Angaben von Bieter zu Bewertungskriterien (sei es im Rahmen von Konzepten oder sonstigen Leistungszusagen) kann die Einhaltung von zwingenden Vorgaben der Leistungsbeschreibung in Ausschlusskriterien (sei es im Rahmen der Leistungsmatrix oder im Fließtext) nicht aufgehoben oder eingeschränkt werden; zwingende Leistungsvorgaben geltend insofern vorrangig. Die Angaben der Bieter in den Angeboten werden vom Auftraggeber entsprechend der Leistungsmatrix, welche diesen Unterlagen beiliegt, bewertet. Soweit bei Bewertungskriterien in Bezug auf Teilaspekte von „Ausschlusskriterien“ oder „Mindestanforderungen“ die Rede ist, sind auch diese Vorgaben zwingend einzuhalten. Werden diese Vorgaben im Angebot nicht eingehalten, erfolgt der Ausschluss des Angebotes.

Informationskriterien [I]

sind Informationen, die vom Bieter zwingend anzugeben sind. Anderenfalls kann das Angebot ausgeschlossen werden. Sie unterliegen keiner Bewertung und dienen der Erklärung.

3.5 Pflichten des Bieters

Der Bieter hat sich vor der Abgabe des Angebotes über den Umfang der zu erbringenden Leistungen zu unterrichten, so dass kein Zweifel über Art und Umfang der ausgeschriebenen Leistungen besteht. Weiterhin hat der Bieter mögliche Nichtplausibilitäten oder Unklarheiten in den Ausschreibungsunterlagen umgehend mit der Vergabestelle zu klären. Probleme, die sich durch die Nichtwahrnehmung der Informationspflicht oder der Nichtwahrnehmung der Klärung von Unklarheiten ergeben, gehen zu Lasten des Bieters. Nachforderungen aus Anlass ungenügender Unterrichtung über den Umfang der Leistung bzw. über die Art und Weise der Ausführung werden nicht anerkannt. Enthalten die Ausschreibungsunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, die seine Preisermittlung beeinflussen können, hat er die Auftraggeberin unverzüglich vor der Angebotsabgabe schriftlich darauf hinzuweisen.

3.6 Änderungen, Berichtigungen oder Rücknahme von Angeboten

Änderungen oder Berichtigungen der Angebote sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig.

Bei Abgabe eines Angebotes über die E-Vergabepattform kann durch das Hochladen einer neuen Datei eine alte Datei ersetzt werden. Die jeweiligen Änderungen oder Berichtigungen sind kenntlich zu machen.

Wenn innerhalb einer Angebotsfrist ein neues Angebot eingereicht wird, wird das erste Angebot automatisch aus der Wertung genommen, so dass immer nur ein Angebot, und zwar das zeitlich zuletzt eingereichte Angebot, gewertet wird.

Angebote können bis zum Ablauf der Angebotsfrist zurückgezogen werden und werden dann nicht mehr gewertet.

4. Eröffnungstermin, Zuschlagserteilung, Vertrag

Die Teilnahme der Bieter am Eröffnungstermin ist nicht gestattet. Die Zuschlagserteilung erfolgt schriftlich.

Wird der Zuschlag rechtzeitig und ohne Änderung erteilt, ist der Vertrag zu den Vorgaben dieses Verfahrens auf der Grundlage Ihres Angebotes rechtskräftig zustande gekommen; dies gilt unbeschadet einer eventuellen späteren urkundlichen Unterzeichnung eines Vertrages.

5. Unterrichtung der Bieter

Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bieter den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 62 VgV und erklärt sich ferner damit einverstanden, dass im Falle der Zuschlagserteilung unter den Voraussetzungen des § 39 VgV sein Name und der zu zahlende Auftragspreis gemäß dem vorgegebenen Bekanntmachungsmuster für vergebene Aufträge veröffentlicht werden. Sofern Gründe geltend gemacht werden, die gegen eine Bekanntmachung sprechen, entscheidet die Vergabestelle nach pflichtgemäßem Ermessen.

Die Vergabestelle informiert gemäß § 134 Abs. 1 GWB spätestens 15 Tage vor dem Vertragsabschluss diejenigen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll und über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihrer Angebote sowie über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses. Wird die Information per Fax oder auf elektronischen Weg versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Tage.

Die Auftraggeberin wird die Information nach § 134 Abs. 1 GGWB über den Kommunikationsbereich der E-Vergabeplattform <https://www.dtv.de/> an die Bieter versenden.

6. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse

Die Verfahrensbeteiligten haben im Falle einer gerichtlichen Nachprüfung u. U. Anspruch auf Akteneinsicht und können sich ggf. Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen (§ 165 Abs. 1 GWB). Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist (§ 165 Abs. 2 GWB).

Nach § 165 Abs. 3 GWB hat jeder Beteiligte mit der Übersendung seiner Akten oder Stellungnahmen auf die Wahrung der genannten Geheimnisse hinzuweisen und diese in den Unterlagen entsprechend deutlich zu machen. Fehlt eine deutliche Kenntlichmachung, ist von der Zustimmung auf Einsichtnahme auszugehen.

Die Auftraggeberin ist verpflichtet, im Fall eines Nachprüfungsverfahrens die Vergabeakten der Vergabekammer zur Verfügung zu stellen, daher soll der Bieter bereits mit Übermittlung seines Angebotes auf die vorgenannten Geheimnisse hinweisen und in den Unterlagen kenntlich machen, anderenfalls wird von seiner Zustimmung ausgegangen – **bitte siehe die Anlage 11.**

7. Nachprüfungsbehörde

Für Nachprüfungsersuchen bei europaweiten Ausschreibungen ist folgende Nachprüfungsbehörde zuständig:

Vergabekammern des Bundes
Bundeskartellamt
Villemombler Str. 76
53123 Bonn

8. Rechtsbelehrung

Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen bei der Auftraggeberin zu rügen (§ 160 Absatz 3 Nr. 1 GWB).

Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2-3 GWB).

Teilt die Auftraggeberin dem Unternehmen mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so besteht die Möglichkeit, innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der zuständigen Stelle für Nachprüfungsverfahren zu stellen (§ 160 Absatz 3 Nr. 4 GWB).